

Zürich

Wohnungsschwemme

In den Tourismusregionen stehen viele Wohnungen mittlerweile leer. Grund dafür ist wohl die Zweitwohnungsinitiative. **SEITE 23**

Journalistenmord

In der Slowakei wurde ein junger Journalist ermordet. Seine Recherchen richteten sich auch gegen den Regierungschef. **SEITE 20**

Mehrheit lehnt Filminitiative ab

KANTONS RAT Die Mehrheit des Kantonsparlaments und der Regierungsrat empfehlen den Stimmberechtigten, die kantonale Volksinitiative für ein Film- und Medienförderungsgesetz abzulehnen. Sie stehe quer in der Landschaft.

Von links bis rechts waren sich die Volksvertreter gestern in einem Punkt einig: Die Film- und Gamebranche ist ein wichtiger und zukunftsreicher Wirtschaftszweig im Kanton Zürich. Bei der Frage aber, ob der Staat diesen finanziell fördern soll oder nicht, teilten sich die Meinungen. Zur Diskussion stand die von Kreativkreisen lancierte kantonale Volksinitiative für ein Film- und Medienförderungsgesetz. Sie verlangt, dass der Staat Filme, Games, Animationen und ähnliche Formate mit einem jährlichen Beitrag aus der Staatskasse unterstützt. Die Höhe des Beitrags bleibt unbestimmt.

Mit 119 gegen 47 Stimmen empfiehlt die Mehrheit des Kantonsrates dem Volk, die Initiative abzulehnen. Zur Minderheit gehören die Grünen, die AL und die EVP sowie ein Teil der SP-Fraktion. Dass die bürgerlichen Ratsmitglieder geschlossen Nein stimmten, ist nicht selbstverständlich. Bei der Lancierung der Initiative standen auch die Nationalrätin Doris Fiala (FDP) und Kathy Riklin (CVP) Pate.

Komplexe Kulturfinanzierung

Um das Volksbegehren einordnen zu können, hilft ein Blick auf die Vorgeschichte. Geld aus dem ordentlichen Kantonsbudget, wie es die Initiative verlangt, erhalten seit 2016 lediglich drei Institutionen: das Opernhaus, das Theater Kanton Zürich sowie die Fachstelle Kultur. Der gesamte Rest wird aus dem Lotteriefonds finanziert, wobei die Regierung diesen um drei auf 4,5 Millionen Franken aufgestockt hat. Allerdings ist die Sache befristet bis 2021. Wie es dann weitergeht, ist unklar und mit ein Grund, weshalb die Initiative gestartet worden ist.

Die Regierung will die Verteilung der Kulturgelder diesen Sommer im Lotteriefondsgesetz regeln. Dieses soll auf den Tisch des Kantonsrates kommen, sobald das Volk im Juni über das eidgenössische Geldspielgesetz befunden hat. «In der Lotterievorlage bestimmen Sie darüber, ob und wie viel Geld aus der Lotterie in die Kultur fliessen soll»,

sagte Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) an die Adresse des Kantonsrates. In der Budgetdebatte könnten die Volksvertreter dann weiter entscheiden, ob und wie viel Geld sie aus dem ordentlichen Budget in die Kultur leiten wollten. Deshalb kommt die Initiative in den Augen von Fehr zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Die Regierung lehnt sie ab, weil sie einseitig eine Sparte (die Film- und Gamebranche) bevorzuge und dadurch auch Verteilungskämpfe in der Kultur auslöse.

Auch SVP-Sprecherin Anita Borer (Uster) sagte: «Ein Gesetz, das eine einzige Sparte begünstigt, lehnen wir ab.» In dieser Branche und überhaupt bei jeder Kunstform sei privates Engagement nötig. «Die Initiative steht quer in der Landschaft», sagte auch Sabine Wettstein (FDP, Uster).

ter). Ihre Partei wolle, dass der Kanton die Kultur finanziell unterstütze. Mehr Geld liege aber nicht drin.

SP gespalten

Christoph Ziegler (GLP, Elgg) bezeichnete die Initiative als Schnellschuss. Sie nenne nicht einmal einen Förderbetrag. CVP, EDU und BDP können ebenfalls nichts mit der Initiative anfangen. «Eine gesetzliche Verankerung dieses Anliegens kann sich der Kanton Zürich nicht leisten», sagte Rico Brazzol (BDP, Horgen). Hans Egli (EDU, Steinmaur) hält die Kulturförderung für keine prioritäre Staatsaufgabe, zumal die Initianten im Film- und Gamebusiness meist «nicht kleckern, sondern klotzen».

Gespalten präsentierte sich die SP-Fraktion. Das hielt Monika Wicki (SP, Zürich) nicht davon ab, den Stellenwert der Kultur für die Gesellschaft zu beschwören. Die SP arbeite darauf hin, dass künftig zwei Prozent des Budgets für die

Kultur reserviert werden müssen. Rund ein Dutzend SPler stimmten schliesslich für die Initiative.

Ohne Wenn und Aber machten sich Grüne, EVP und AL für die Initiative stark. Zwei Drittel aller

Arbeitsplätze, könne aber ohne staatliche Förderung nicht überleben. Esther Guyer (Grüne, Zürich) versuchte, das Argument zu relativieren, wonach die Initiative Spartenpolitik betreibe. Auch das Opernhausgesetz sei ein Spartengesetz, sagte sie: «Einfach eines, das der bürgerlichen Mehrheit besser passt.»

Ein Verfassungsauftrag

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) nannte die Film- und Gamewelt ein «wichtiges Element unserer Volkskultur». Es stehe dem Kanton schlecht an, diese Branche «verhungern» zu lassen. Angesichts der Beträge, welche benachbarte Staaten investierten, komme der Kanton um eine Förderung nicht herum. Judith Stofer (AL, Zürich) ergänzte, die Kulturförderung stehe seit 1963 als Auftrag in der Bundesverfassung. Dies verpflichte den Kanton, die Förderung gesetzlich zu verankern.

Thomas Schraner



«Die Initiative ist ein Schnellschuss.»

Christoph Ziegler, GLP, Elgg

Schweizer Film- und Medienprodukte stammten aus der Region Zürich, sagte Karin Fehr (Grüne, Uster). Die Branche schaffe

Polizisten angegriffen

FANGEWALT Das Fussball Derby vom Sonntag mit den Stadtrivalen FC Zürich und Grasshopper Club hat die Polizei auf Trab gehalten. Am Samstag beteiligten sich gegen 21 Uhr etwa 100 Fans an einem Umzug durchs Niederdorf. Zwei zivile Fahnder wurden dabei mit Flaschen und Steinen beworfen, in eine Ecke gedrängt und mit Faustschlägen traktiert, wie die Stadtpolizei gestern mitteilte. Einer der beiden rettete sich mit einem Sprung aus etwa vier Metern Höhe. Der andere zog seine Dienstwaffe und konnte so die Angreifer zurückdrängen. Die Beamten blieben unverletzt.

13 Verhaftungen

Am Sonntag schliesslich musste die Polizei vor und nach dem Match rivalisierende Fangruppen voneinander fernhalten. Eine kritische Situation mit rund 50 FCZ-Anhängern beim Hardplatz konnte nur mit Gummischrot unter Kontrolle gebracht werden. Später kam es beim Limmatplatz zu einer Auseinandersetzung. Mehrere Personen attackierten einen FCZ-Fan. Die Polizei nahm in diesem Zusammenhang 13 Personen vorläufig fest. *sda*

13er kollidiert mit Auto

TRAMUNFALL Ein Tram der Linie 13 ist gestern um 17 Uhr beim Zürcher Limmatplatz mit einem Auto kollidiert. Dabei haben sich zwei Personen leicht verletzt. Das Tram war in Richtung Escher-Wyss-Platz unterwegs gewesen; der Personewagen fuhr von der Langstrasse in Richtung Kornhausbrücke, wie die Stadtpolizei Zürich auf Anfrage mitteilte. Aufgrund der Kollision musste die Strecke zwischen dem Bahnhofquai und dem Escher-Wyss-Platz für den Trambetrieb der Linien 4, 13 und 17 in beiden Richtungen gesperrt werden. *sda*

Splitter & Späne

Zum Markenzeichen von Kantonsrat Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) gehört es, dass sein Temperament ab und zu mit ihm durchgeht. Manchmal zeigt sich aber auch seine grosszügige und charmante Seite: Gestern schenkte er Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) vor der Ratspause eine bunte Schachtel mit Leckereien. Das hielt ihn nach der Pause aber nicht davon ab, sich massiv aufzuregen über die angebliche Untätigkeit Fehrs in Sachen Reorganisation der Staatsverwaltung im überlasteten Gebiet Unterland und Winterthur. Als Amrein fertig war, holte Fehr die Schachtel hervor, zeigte sie herum und sagte schmunzelnd, über dieses Geschenk freue sie sich mehr als über die Tirade. «Ich hoffe aber, dass es nicht vergiftet ist.» *tsc*



«Die göttliche Ordnung»: Dieser Schweizer Film wurde in der Debatte genannt als Beispiel für ein Produkt aus der Region Zürich.

Foto: Alameda Film

Weitere Ratsgeschäfte

Sozialdetektive. Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative (PI) von SVP, FDP und BDP mit 122 Stimmen vorläufig unterstützt. Verlangt wird eine klare und unangreifbare kantonale Rechtsgrundlage für den Einsatz von Sozialdetektiven. Das Anliegen kommt nun in die zuständige Kommission, bevor es wieder in den Kantonsrat gelangt. *sda*

Kesb. Eine PI der FDP wurde mit 95 zu 71 Stimmen angenommen. Es soll gesetzlich verankert werden, dass die Gemeinden einbezogen werden, wenn die Kindes-

und Erwachsenenschutzbehörde eine teure Massnahme anordnet.

Ratsbetrieb. Mit 113 zu 50 Stimmen wurde eine Motion der Geschäftsleitung überwiesen für eine Totalrevision des Kantonsratsgesetzes und des damit verbundenen Geschäftsreglements.

Gerichte. Das Obergericht soll kantonsweit einheitliche Gebühren für die gemeindeamtmännlichen Geschäfte erlassen können. Die nötige Gesetzesanpassung wurde mit 159 zu 0 Stimmen genehmigt. *sda*

Es bleibt beim «Wildwuchs»

KANTONS RAT Parteien, die nicht über eigene Plakatstellen wie etwa Scheunentore verfügen, bleiben im Nachteil, wenn es um Wahlwerbung geht. Der Kantonsrat hat gestern in zweiter Lesung eine parlamentarische Initiative (PI) mit 85 gegen 82 Stimmen abgelehnt, welche die Plakatierung auf öffentlichem Grund in den Gemeinden neu regeln wollte. Gegen die PI stimmten SVP, FDP und EDU. Dafür waren die übrigen Parteien.

Initiant Markus Späth (SP, Feuerthalen) bezeichnet den gegenwärtigen Zustand als «Wildwuchs», von dem einseitig die

SVP profitiere – unter anderem wegen der vielen privaten Scheunentore von Parteimitgliedern. Die Linke und die kleineren Parteien seien im Nachteil.

Die ausführliche Debatte fand im letzten November statt. Späth kritisiert die unterschiedlichen Regeln in den Gemeinden. Manche Gemeinden würden Wahlwerbung auf öffentlichem Grund ganz verbieten, andere nur Ortsparteien zulassen. Es brauche gleich lange Spiesse. Im Sinne eines Kompromisses hatte Späth einer Formulierung zugestimmt, wonach die Gemeinden für eine «angemessene Anzahl» von

Standorten für das Anbringen von Wahl- und Abstimmungswerbung sorgen sollen.

Mit einem Rückkommensantrag brachte Armin Steinmann (SVP, Adliswil) die Sache gestern nochmals aufs Tapet. Dieter Kläy (FDP, Winterthur) fand, die Bezeichnung «angemessen» sei zu offen. Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) vertrat die Ansicht, die Ortsparteien sollten selber für eine passende Regelung in ihrer Gemeinde schauen, es brauche keine kantonale Regelung. Ausserdem führe das Wort «angemessen» nur zu Meinungsverschiedenheiten. *red*